



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge



Entscheiderbrief

Informationsschnelldienst

05/2022

Das BAMF

Inhaltsverzeichnis

Verfahren

Wiederaufnahme der Entscheidungstätigkeit bezüglich Griechenland	4
30. Sitzung des Expertenforums Asyl und Migration	4
5 Jahre Informationsportal zu freiwilliger Rückkehr: ReturningfromGermany	5
Elektronische Kommunikation mit Gerichten	5
Neuer Länderreport zu Äthiopien	6

Aus der Rechtsprechung

VGH München: Verletzung von Mitwirkungspflichten durch Antragstellende aufgrund der Ablehnung eines Dolmetschers wegen dessen Nationalität	6
VG Stuttgart: Keine Bindungswirkung von Asylentscheidungen eines anderen Mitgliedstaates für deutsche Behörden	6

Blick zum Nachbarn

Schweiz: Übernahme der EU-Verordnung über die Europäische Grenz- und Küstenwache — Beteiligung am Ausbau von Frontex	8
---	---

Neuerwerbungen der Bibliothek

Impressum	10
-----------	----



Wiederaufnahme der Entscheidungstätigkeit bezüglich Griechenland

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat zum 01. April 2022 die Entscheidungstätigkeit für Asylverfahren, denen eine Zuerkennung internationalen Schutzes in Griechenland vorangegangen war sowie nachgeborener Kinder dieser Personengruppe, wieder aufgenommen.

Entscheidungen in oben genannten Asylverfahren hatte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge seit Ende Januar 2021 zurückgestellt, nachdem deutsche Verwaltungsgerichte 2020 in ihren Urteilen die Auffassung vertreten haben, dass die Aufnahmebedingungen in Griechenland für schutzberechtigte Personen nicht den europäischen Mindeststandards entsprechen und daher eine Verletzung von Art. 3 Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK), Art. 4 Grundrechtecharta (GrCH) drohe.¹ Durch die Zurückstellung der Entscheidungen sollte der Bundesregierung und der Europäischen Kommission Gelegenheit gegeben werden, durch Verhandlungen mit Griechenland eine Verbesserung der Aufnahmebedingungen herbeizuführen. Ziel war es, die dem Gemeinsamen Europäischen Asylsystem (GEAS) zugrundeliegende Zuständigkeit nur eines Staates für die Durchführung eines Asylverfahrens auch im Verhältnis zu Griechenland durchzusetzen.

Die diesbezüglichen politischen Anstrengungen dauern weiterhin an. Allerdings lässt die Zahl von mittlerweile rund 44.000 zurückgestellten Entscheidungen ein längeres Zuwarten nicht mehr zu. Das Bundesamt hat daher die Entscheidungstätigkeit in diesen Verfahren wieder aufgenommen, wobei sicherheitsrelevante Fälle sowie Anträge von vulnerablen oder besonders schutzbedürftigen Personen vorrangig bearbeitet werden. Das gilt auch für Verfahren, in denen das Bundesamt zu einer Entscheidung verpflichtet worden ist.

Das Bundesamt behält sich weiterhin in begründbaren Einzelfällen vor, die Asylanträge als unzulässig gemäß § 29 Abs. 1 Nr. 2 AsylG abzulehnen, sollte den Antragstellenden entsprechend der Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs² aus individuellen Gründen keine Gefahr nach Art. 3 EMRK, Art. 4 GrCH drohen.

Die inhaltliche Prüfung der Asylanträge wird ergebnisoffen erfolgen.

¹ S. dazu bspw.: VG Bayreuth, Urteil vom 14.12.2020 – B 3 K 20.30219; VG Düsseldorf, Urteil vom 25.03.2020 – 12 K 7300/19.A; VGH Baden-Württemberg, Urteil vom 27.01.2022 – A 4 S 2443/21; OVG NRW, Urteil vom 21.01.2021 – 11 A 2982/20.A; OVG Niedersachsen, Urteil vom 19.04.2021 – 10 LB 244/20; OVG Bremen Urteil vom 16.11.2021 – 1 LB 371/21.
² S. EuGH, Urteil vom 19.03.2019, Az.: C-297/17 u.a. sowie Beschluss vom 13.11.2019, Az.: C-540/17 u.a.

Bei der Sachentscheidung ist das Bundesamt nicht an die in Griechenland getroffene Entscheidung gebunden³, sondern nimmt eine eigene Prüfung der Asylgründe hinsichtlich des Herkunftslandes vor. In den anhängigen Klageverfahren verfährt das Bundesamt entsprechend.

Matthias Henning, Leiter Abteilung 6

30. Sitzung des Expertenforums Asyl und Migration

Am 26. und 27. April 2022 tagte das Expertenforum Asyl und Migration des Bundesamtes zum 30. Mal. Für den offenen und kritischen Austausch sind 20 Expertinnen und Experten aus verwaltungsgerichtlichen Instanzen, verschiedenen Landes- und Bundesbehörden, dem UNHCR, Nicht-Regierungsorganisationen, Instituten und Wohlfahrtsverbänden sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unterschiedlicher Fachrichtungen in das Expertenforum berufen.

Die Teilnehmenden der 30. Sitzung beschäftigten sich mit rechtlichen Entwicklungen im Asylbereich, mit der aktuellen Lage in der Ukraine und Afghanistan und den jeweiligen humanitären Aufnahmeverfahren. Am zweiten Tag war das Schwerpunktthema der Umgang mit Fragen der sexuellen Orientierung im Asylverfahren und die Qualitätssicherung.

Durch den regelmäßigen und offenen Austausch der Expertinnen und Experten mit dem Bundesamt leistet das Forum wertvolle Impulse für die Aufgabenerfüllung vor allem in Bezug auf die Qualitätssicherung im Asylverfahren. Das Forum begleitet das Bundesamt bei seinen Analysen und Dokumentationsaufgaben im Hinblick auf Asylgewährung, Flüchtlingsschutz und Migration, seit es im Jahr 2000 im Informationszentrum Asyl und Migration (IZAM) eingerichtet wurde.

Im Laufe der Zeit wurde der thematische Fokus des Expertenforums auf alle mit dem Asylverfahren verbundenen Aspekte erweitert, so dass das Gremium mittlerweile die zentrale Einrichtung darstellt, um sich mit Kritik an der Entscheidungspraxis auseinanderzusetzen und für die Qualitätssicherung fruchtbar zu machen.

Lena Thiem, 62E

³ S. VG Stuttgart, Urteil vom 18.02.2022 – A 7 3174/21; vgl. dazu Chapoupis, Alicia: VG Stuttgart: Keine Bindungswirkung von Asylentscheidungen eines anderen Mitgliedstaates für deutsche Behörden. In: Entscheiderbrief 05/2022, Nürnberg: BAMF (Hg.), 2022, S. 6f., (s.u.).

5 Jahre Informationsportal zu freiwilliger Rückkehr: ReturningfromGermany

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat gemeinsam mit der Internationalen Organisation für Migration (IOM) die zentrale Plattform für alle Akteure der freiwilligen Rückkehr geschaffen: Neben umfassenden Informationen für Rückkehrinteressierte, Rückkehrberatende und ehrenamtliche Helferinnen und Helfer bietet die Seite darüber hinaus vielfältige Angebote wie beispielsweise den Zugang zur digitalen Antragstellung oder einen internen Bereich für Rückkehrberatende.

Mit dem Start des Informationsportals unter dem Namen ReturningfromGermany im Mai 2017 ist es erstmals gelungen, alle für die freiwillige Rückkehr relevanten Informationen zentral an einem Ort zu vereinen. Ziel war es von Anfang an, rückkehrinteressierten Migrantinnen und Migranten die Möglichkeit zu geben, sich eigenständig über verfügbare Rückkehrhilfen zu informieren und eine Rückkehrberatungsstelle in ihrer Nähe zu finden. Zudem bündelt das Portal alle aktuellen Informationen, wichtige Dokumente und Anträge für die Rückkehrberatenden. Anfangs war das Portal in zwei Sprachen – Deutsch und Englisch – verfügbar, heute ist die Webseite in zehn Sprachen abrufbar und ist für die Nutzung mit mobilen Endgeräten optimiert.

Mit einem gesteigerten Angebot an länderspezifischen Rückkehr- und Reintegrationsprogrammen durch mehrere Akteure wie IOM, Caritas International und der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und mehr Informationen in einer komplexer werdenden Rückkehrlandschaft, wurden ab 2019 weitere Zusatzfunktionen eingerichtet. Hierzu zählen unter anderem die Länderseiten, die vernetzte Einstellung von [ZIRF-Individualanfragen](#)⁴ sowie die Optimierung der Suchfunktion.

Als erster audiovisueller Inhalt wurde 2019 ein [Erklärfilm](#) zum Ablauf einer unterstützten Rückkehr konzipiert, der die Arbeit der Rückkehrberatenden unterstützt. Das Portal wurde unter anderem mit Informationen zur virtuellen Beratung in den Herkunftsländern, dem sogenannten [Virtual Counselling](#), einem [Neuigkeiten-Bereich](#) und einem Newsletter erweitert.

2020 erfolgte der bislang größte Relaunch des Portals: Neben einer verbesserten Navigation und dem Einsatz von Piktogrammen und Illustrationen wurde ein [FAQ-Bereich](#) mit abspielbaren Audiodaten eingerichtet. Zudem wurden das von IOM Deutschland neu entwickelte Online-Antragsmodul (OAM) sowie die Möglichkeit der digitalen Übermittlung erstattungsfähiger Unterlagen in das Portal integriert. 2021 begann

die Neukonzeptionierung eines zugangsbeschränkten [Login-Bereichs](#) für Rückkehrberatende (staatliche sowie nicht-staatliche, registrierte Beratungsstellen), in dem weitere vertiefte Informationen zur Verfügung gestellt werden.

Die 2022 eingerichtete [Mediathek](#) wird nun nach und nach mit persönlichen Geschichten von Rückkehrenden gefüllt. Künftig können somit verschiedene Wege aufgezeigt werden, wie eine unterstützte Rückkehr in das Herkunftsland funktionieren kann. Die auf ReturningfromGermany angebotenen Informationen sollen dabei helfen, eine informierte Entscheidung für eine freiwillige Rückkehr treffen zu können. Sie sind der Schlüssel zu einer erfolgreichen Rückkehr und nachhaltigen Reintegration im Herkunftsland.

Durch die Einrichtung der zentralen Informationsplattform www.ReturningfromGermany.de konnten bestehende Beratungsangebote systematisch gebündelt und der Informationszugang deutlich verbessert werden. Mit millionenfachen Aufrufen hat sich das Portal in den vergangenen fünf Jahren als die zentrale Informationsquelle für alle Nutzenden, die sich mit dem Thema freiwillige Rückkehr beschäftigen, etabliert.

Diana Richter, IOM und Sonja Golde, 72C

Elektronische Kommunikation mit Gerichten

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge nutzt für die elektronische Kommunikation mit Verwaltungsgerichten bereits seit 2019 die rechtlich gesetzten Standards für die elektronische Aktenübermittlung im elektronischen Rechtsverkehr (ERV). Seit dem Frühjahr 2022 werden diese auch für die Kommunikation mit der Anwaltschaft genutzt.

Die digitale Akte wird vom Bundesamt verschlüsselt aus dem Behörden-Postfach (beBPO) an das elektronische Gerichts- und Verwaltungspostfach (EGVP)⁵ des jeweiligen Gerichts versandt. Zur Übermittlung wird der hierfür rechtlich vorgeschriebene Strukturdatensatz Standard XJustiz verwendet, wie durch die Bund-Länder-Kommission für Informationstechnik in der Justiz (BLK) festgelegt.⁶ Nähere und aktuelle Informationen zum elektronischen Rechtsverkehr stehen auf den Justizportalen des Bundes und der Länder zur Verfügung.⁷

Florian Kleintje-El, 61C

5 S. dazu <https://egvp.justiz.de/>

6 S. dazu <https://justiz.de/laender-bund-europa/BLK/index.php>

7 S. dazu https://justiz.de/laender-bund-europa/elektronische_kommunikation/index.php

4 ZIRF steht für Zentrale Informationsstelle für Rückkehrfragen

Neuer Länderreport zu Äthiopien

Der 51. Länderreport aus dem Referat Länderanalysen informiert über weibliche Genitalverstümmelung in Äthiopien. Weibliche Genitalverstümmelung (FGM - Female Genital Mutilation) wird nach wie vor weltweit praktiziert und stellt laut Vereinten Nationen eine Menschenrechtsverletzung dar. In Teilen des nordöstlichen Afrikas – darunter auch Äthiopien – findet die Praxis Anwendung.

Der vorliegende Bericht befasst sich mit der landesweiten und regionalen Entwicklung von FGM in Äthiopien seit dem Jahr 2000. Zudem wird die gesetzliche Lage beleuchtet, staatliche und zivilgesellschaftliche Bemühungen zur Bekämpfung sowie Hindernisse thematisiert. Der Länderreport kann wie gewohnt über die BAMF-Homepage unter „[Publikationen](#)“ abgerufen und verwendet werden.

Andreas Emcev, 62E

VGH München: Verletzung von Mitwirkungspflichten durch Antragstellende aufgrund der Ablehnung eines Dolmetschers wegen dessen Nationalität

Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof (VGH München) hat mit Urteil vom 06. April 2022 (Az. 15 B 22.30094) die Auffassung des Bundesamtes hinsichtlich einer gröblichen Verletzung der Mitwirkungspflichten durch die Klägerin bestätigt. Eine solche Verletzung liegt vor, wenn diese im Hinblick auf das Ergebnis der Entscheidung oder die zügige Durchführung des Asylverfahrens von so großem Gewicht ist, dass das Verhalten des Asylsuchenden den Eindruck erweckt, dass das Asylverfahren missbräuchlich betrieben werde.

Die algerische Klägerin habe die Zusammenarbeit mit dem marokkanischen Dolmetscher der zuvor bereits beanstandungslos bei der Schilderung der Reisewege durch die Klägerin übersetzt hatte, ohne wichtige Gründe abgelehnt. Die hiernach erfolgte Ablehnung des Asylantrags als offensichtlich unbegründet stehe weiterhin auch im Einklang mit Artikel 32 Absatz 2, Artikel 31 Absatz 8 der Richtlinie 2013/32/EU.

Nach Auffassung des Verwaltungsgerichtshofs habe die Klägerin die Verletzung der Mitwirkungspflichten auch zu vertreten. Die Klägerin sei im Rahmen ihrer

persönlichen Anhörung auf ihre Mitwirkungspflichten aufmerksam gemacht und auf die möglichen Folgen hingewiesen worden. Gleichwohl habe sie in Kenntnis dessen die weitere Anhörung ohne das Vorliegen wichtiger Gründe verweigert. Ein wichtiger Grund hätte ein persönliches Spannungsverhältnis zum Dolmetscher, die persönliche Involvierung des Dolmetschers oder das Vorliegen religiöser, ethnischer oder politischer Gründe sein können. Erforderlich sei, dass ein vernünftiger und individuell in der Person des Dolmetschers vorhandener Grund vorliegt, der den Asylbewerber von seinem Standpunkt aus befürchten lasse, der Dolmetscher werde nicht ausreichend unparteiisch übersetzen. Die Klägerin habe nach erfolgter Anhörung zu ihren persönlichen Angaben und ihrem Reiseweg die weitere Zusammenarbeit mit dem marokkanischen Dolmetscher mit allgemeinen Vorbehalten gegen das Land Marokko verweigert.⁸ Dieser Einwand stelle keine ausreichend tragfähigen Gründe dar, bleibe vage und oberflächlich und stehe im Widerspruch zu der Einlassung der Klägerin, dass der Dolmetscher bis zu diesem Zeitpunkt beanstandungslos übersetzt habe.

Auswirkungen auf die Entscheidungspraxis des Bundesamtes

Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hat mit dem Beschluss die Rechtsauffassung des Bundesamtes bestätigt.

Julia Ograbek, 61E

VG Stuttgart: Keine Bindungswirkung von Asylentscheidungen eines anderen Mitgliedstaates für deutsche Behörden

Die 7. Kammer des Verwaltungsgerichts (VG) Stuttgart⁹ hat die Klage eines bereits in Griechenland anerkannten Schutzberechtigten abgelehnt. Der Kläger war nach Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft in Griechenland in die Bundesrepublik Deutschland eingereist und stellte einen Asylantrag. Es wurde ein erneutes Asylverfahren durchgeführt und der Asylantrag vollumfänglich abgelehnt.

⁸ Mit Vorbehalten wie „...Marokko das Problem verursacht habe, dass Leute aus der Westsahara heute in Algerien leben müssten...“ und „...ihr Großvater während des Krieges mit Marokko ums Leben gekommen sei“, VGH München, Urteil vom 06.04.2022, 15 B 22.30094, S. 11, Rd. 31, https://milo.bamf.de/otcs/cs.exe/fetch/2000/702450/683266/693991/694373/694391/694517/23596701/-/VGH_M%C3%BCnchen%2C_vom_06.04.2022%2C_15_B_22.30094%2C_Beschluss.pdf?nodeid=23676280&vernum=-2

⁹ VG Stuttgart, Urteil vom 18.02.2022 – A 7 K 3174/21; <https://www.juris.de/perma?id=MWRE220005236>

Das Verwaltungsgericht Stuttgart bestätigte, dass der Kläger keinen Anspruch auf die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft, auf die Gewährung subsidiären Schutzes oder Feststellung eines Abschiebungsverbots nach § 60 Absatz 5 oder 7 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) habe. Der Flüchtlingsstatus des Klägers in Griechenland hindere das von dem Status abweichende Ergebnis des Bundesamtes sowie des erkennenden Gerichts nicht. Denn die Anerkennung eines Ausländers als Flüchtling in einem anderen Staat wirke völkerrechtlich nicht wie eine Statusentscheidung durch deutsche Behörden und habe in diesem Sinn keine umfassende Bindungswirkung für die Bundesrepublik Deutschland. Die Genfer Flüchtlingskonvention vom 28. Juni 1951 lege einheitliche Kriterien für die Qualifizierung als Flüchtling fest, sehe aber keine völkerrechtliche Bindung eines Vertragsstaats an die Anerkennungsentscheidung eines anderen vor. Eine solche Bindungswirkung ergebe sich auch nicht aus dem Unionsrecht. Dieses ermächtige zwar nach Artikel 78 Absatz 2 Buchstabe a Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV)¹⁰ zu Gesetzgebungsmaßnahmen, die einen in der ganzen Union gültigen einheitlichen Asylstatus für Drittstaatsangehörige vorsehen, die maßgebliche Qualifikationsrichtlinie (Richtlinie 2011/95/EU) sehe eine in der ganzen Union gültige Statusentscheidung jedoch nicht vor.

Die Rechtsauffassung des Verwaltungsgerichts Stuttgart wird in der Rechtsprechung geteilt (siehe auch VG Osnabrück, Urteil vom 14.02.2022 – 5 A 512/20¹¹; VG Minden, Urteil vom 02.03.2022 – 1 K 194/21.A¹²). Das Asylverfahren in der Bundesrepublik Deutschland ist Teil des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS). Dieses soll eine einheitliche Handhabung der Asylpraxis bewirken und damit dazu beitragen, dass Asylbewerber in jedem Mitgliedstaat nach gleichen Maßstäben behandelt werden.

Zudem soll es einer sekundären Migration der Asylbewerber innerhalb der Mitgliedstaaten entgegenwirken. Der Unionsgesetzgeber hat die Dublin-III-Verordnung erlassen, um zu verhindern, dass die staatlichen Behörden mehrere Anträge desselben Antragstellers bearbeiten müssen und dem sogenannten „forum shopping“ zuvorzukommen.

Zur Vereinheitlichung des Asylsystems wurden auch die für Asylanträge geltenden materiell-rechtlichen Regelungen (RL 2011/95/EU vom 13.11.2011 – Qualifikationsrichtlinie, QRL) und die Verfahrensgrundsätze (RL 2013/32/EU vom 26.06.2013 – Verfahrensrichtlinie, VRL) in weitem Umfang auf Unionsebene verein-

heitlicht. Ein Asylantrag soll in den Mitgliedstaaten weitgehend nach den gleichen Regelungen geprüft werden.

Diese vom Unionsgesetzgeber gewollte weitgehende Einheitlichkeit führt allerdings nicht dazu, dass die von einem anderen Mitgliedsstaat getroffene asylrechtliche Entscheidung für alle anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union verbindlich wäre.¹³ Bestehen in einem Mitgliedstaat systemische Mängel im Asyl- und Aufnahmeverfahren, so kann keine Unzulässigkeitsentscheidung gemäß § 29 Abs. 1 Nummer 2 AsylG wegen der Zuerkennung internationalen Schutzes in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union ergehen.¹⁴ Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ist vielmehr zur Fortführung des Asylverfahrens verpflichtet.¹⁵ Dies impliziert die Befugnis des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, eigenständig die materiell-rechtlichen Voraussetzungen für die Zuerkennung internationalen Schutzes zu prüfen. Denn wenn der europarechtliche Grundsatz des gegenseitigen Vertrauens der Mitgliedstaaten so erschüttert ist, dass von systemischen Mängeln im Asylverfahren ausgegangen werden muss, kann nicht erwartet werden, dass eine möglicherweise zu Unrecht ergangene Zuerkennung internationalen Schutzes irgendeine Bindungswirkung für alle weiteren EU-Staaten entfaltet.¹⁶

In diesem Sinne stehe der Rechtmäßigkeit der Abschiebungsandrohung bei einer Flüchtlingsanerkennung in einem mit systemischen Mängeln behafteten Mitgliedstaat auch nicht der flüchtlingsrechtliche Abschiebungsschutz nach § 60 Abs. 1 Satz 2 AufenthG entgegen, so dass dessen grammatikalisch ausgewiesener Anwendungsbereich bei unionsrechtskonformer Auslegung teleologisch zu reduzieren sei.

Die Entscheidung bestätigt die Rechtsauffassung des Bundesamtes im Hinblick darauf, dass die Anerkennung als Flüchtling in einem anderen Staat keine umfassende Bindungswirkung für Deutschland hat.

Letztlich wird es einer obergerichtlichen oder gesetzgeberischen Klärung vorbehalten bleiben, ob sich der vom Verwaltungsgericht Stuttgart vertretene rechtliche Ansatz des eingeschränkten Abschiebungsschutzes von § 60 Abs. 1 Satz 2 AufenthG durchsetzen wird.

Alicia Chapoupis, 61D

¹⁰ Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union; <https://www.juris.de/perma?d=jcg-12016E078>

¹¹ VG Osnabrück – 5 A 512/20 – <http://www.dbovg.niedersachsen.de/jportal/portal/page/bsndprod?feed=bsnd-r-vwg&showdoccase=1¶mfromHL=true&docid=MWRE220005021#:~:text=http%3A/www.dbovg.niedersachsen.de/jportal/%3FQuelle%3Djlink%26docid%3DMWRE220005021%26psml%3Dbsndprod.psml%26max%3Dtrue>

¹² VG Minden – 1 K 194/21.A – https://www.justiz.nrw.de/nrwe/ovgs/vg_minden/j2022/1_K_194_21_A_Urteil_20220302.html

¹³ VG Osnabrück – 5 A 512/20 – S. 4, 5 Urteilsabdruck

¹⁴ EuGH, Beschluss vom 13.11.2019 – C-540/17 –, Hamed und Omar, Rn. 35; <https://www.juris.de/perma?d=WBRE410021555>

¹⁵ BVerwG, Urteil vom 20.5.2020 – 1 C 34/19 –, juris; <https://www.juris.de/perma?d=WBRE202000452>

¹⁶ VG Osnabrück – 5 A 512/20 – S. 6 Urteilsabdruck

Blick zum Nachbarn / Schweiz: Übernahme der EU-Verordnung über die Europäische Grenz- und Küstenwache – Beteiligung am Ausbau von Frontex

Die Schweiz gehört seit 2005 wie die meisten Staaten der Europäischen Union (EU) sowie Norwegen, Island und Liechtenstein zum Schengen-Raum.¹⁷ Das Schengener Abkommen wurde im Juni 1985 ins Leben gerufen und regelt eine gemeinsame Asyl- und Einwanderungspolitik der beigetretenen Länder. Die Kontrollen an den Grenzen der Schengen-Staaten wurden aufgehoben, damit einhergehend werden die Außengrenzen des Schengen-Raums systematisch kontrolliert. Dieser Umstand erfordert eine verstärkte Kooperation von Polizei und Justiz aller Schengen-Staaten.¹⁸ Um die Sicherheit im Schengen-Raum zu gewährleisten, arbeiten die heute 26 Schengen-Staaten eng zusammen. Frontex, die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache, unterstützt die Schengen-Staaten dabei. Die Schweiz beteiligt sich seit 2011 an Frontex. Seit Ende 2019 wird Frontex von der EU finanziell und personell sukzessive ausgebaut.¹⁹

Schweizer Bundesrat und Parlament beschlossen schon im Oktober 2021, dass sich die Schweiz am weiteren Ausbau von Frontex beteiligt. Es liege im Interesse der Schweiz, bei den Kontrollen der Außengrenzen und der Bewältigung der Migrationsbewegungen mitzuwirken und damit die Reisefreiheit im Schengen-Raum zu gewährleisten. Mit dem Ausbau von Frontex werde die Kontrolle an den Außengrenzen verbessert und die Sicherheit erhöht. Zudem werde der Schutz der Grundrechte gestärkt.

Ein Bündnis aus Flüchtlingsorganisationen und linken Parteien hat eine Volksabstimmung am 15. Mai 2022 initiiert. Die Kritiker verwiesen vor dem Referendum auf Anschuldigungen, wonach Frontex illegal Flüchtlinge ohne Asylverfahren abschiebt oder zumindest ignoriert, wenn nationale Behörden solche Pushbacks an den Grenzen vornehmen und so die Schweiz durch

17 Nachdem die Schweizer im Juni 2005 ihre Zustimmung zum Assoziierungsabkommen mit der EU und der EG zum Schengen-Raum erklärten, setzt die Schweiz seit dem 12. Dezember 2008 das Schengener Abkommen um. Die Abschaffung der Personenkontrollen an den Luftgrenzen erfolgte zum 29. März 2009. https://www.auswaertiges-amt.de/de/service/visa-und-aufenthalt/schengen/207786#content_3, Abruf am 16.05.2022

18 <https://www.oesterreich.gv.at/lexicon/S/Seite.991178.html>, Abruf am 16.05.2022

19 Mit der revidierten Verordnung erhält Frontex mehr Mittel, um die Außengrenzen besser und effizienter zu schützen. Diese Verordnung (EU) 2019/1896 über die Europäische Grenz- und Küstenwache wurde am 13. November 2019 von der EU verabschiedet und trat am 4. Dezember 2019 in Kraft. In: Der Bundesrat, EFD (Eidgenössisches Finanzdepartement), <https://www.efd.admin.ch/efd/de/home/das-efd/abstimmungen/frontex.html>, Abruf am 16.05.22

die finanzielle Unterstützung von Frontex Menschenrechtsverletzungen mitverantwortet. Befürworter des Frontex-Ausbaus hatten im Wahlkampf argumentiert, eine Kontrolle der Außengrenzen durch Frontex liege im Interesse der Schweiz. Durch einen finanziellen Ausbau könne die Schweiz stärker Verantwortung übernehmen und Frontex mitgestalten. Auch befürchtete das Pro-Frontex-Lager, ein Nein zum Ausbau könne die Zugehörigkeit der Schweiz zum Schengen-Raum gefährden.²⁰

Schweizer Volksabstimmung votiert für stärkeres Frontex-Engagement

Das Ergebnis des Referendums zeigt, dass der Ausbau der EU-Grenzschutzbehörde Frontex deutlich mit 71,5 Prozent befürwortet wird.²¹ Durch den Ausbau steigt nun auch der Umfang des Personaleinsatzes der Schweiz. Dieser wird sich von bisher durchschnittlich gut sechs Vollzeitstellen voraussichtlich schrittweise auf bis zu rund maximal 40 Vollzeitstellen im Jahr 2027 erhöhen. Finanziell unterstützt die Schweiz Frontex anteilmäßig.²² Der Beitrag der Schweiz wird von 24 Millionen Franken im Jahr 2021 gemäß aktuellen Berechnungen bis 2027 auf schätzungsweise 61 Millionen Franken steigen.²³

Dr. Anke Reiß, 62E

20 Schweiz beteiligt sich am Ausbau der EU-Grenzschutzagentur, https://www.zeit.de/politik/ausland/2022-05/schweiz-frontex-beteiligung-volksabstimmung?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F, Abruf am 16.05.2022

21 Bei einer Stimmbeteiligung von 42,7 % haben die Schweizer Stimmberechtigten anlässlich der Volksabstimmung vom 15. Mai 2022 die Beteiligung der Schweiz am Ausbau von Frontex, der europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache mit 71,5 % Ja-Stimmen gegen 28,5 % Nein-Stimmen angenommen, in: Der Bundesrat, EFD, (s.o.)

22 Als Grundlage für die Berechnung der Beitragszahlungen der Schweiz sowie der anderen assoziierten Staaten dient die Standardformel (Schengen-Schlüssel) gemäß Schengener Assoziierungsabkommen. 2008 wurde die Schweiz assoziiert (s.o.), die seit dem 12.12.2008 das Schengener Durchführungsübereinkommen anwendet. https://www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Aufgabenbereiche/InternationaleFunktion/SchengenerAbkommen/Assoziierungsabkommen/schengenAssoziierungsabkommen_node.html, Abruf am 16.05.2022

23 Vgl. Der Bundesrat, EFD, (s.o.)

Neuerwerbungen der Bibliothek

Albarosa, Emanuele; Elsner, Benjamin: Forced migration, social cohesion and conflict: the 2015 refugee inflow in Germany. - January 2022. - Washington, DC: World Bank Group, 2022. - 1 Online-Ressource (36 Seiten, 1 Anhang)

Auer, Peter von: Folgeanträge im Lichte der Asylverfahrensrichtlinie. - In: Informationsbrief Ausländerrecht: InfAuslR. - 44 (2022), Heft 3, Seite 90-91

Bartl, Walter: Institutionalization of a formalized intergovernmental transfer scheme for asylum seekers in Germany: the Königstein Key as an indicator of Federal Justice. - 1 Karte, 6 Diagramme. - In: Journal of Refugee Studies. - 34 (2021), Heft 3, Seite 2613-2654

Bohm, Simon: Kirchenasyl unter der BAMF-Kirchen-Vereinbarung: zur Verrechtlichung des Kirchenasyls in Folge der Flüchtlingskrise. - Göttingen: Universitätsverlag Göttingen, 2021. - 1 Online-Ressource (XIV, 169 Seiten). - ISBN 978-3-86395-516-8

Brücker, Herbert: Geflüchtete aus der Ukraine: Eine Einschätzung der Integrationschancen. - 24. März 2022. - Nürnberg: IAB, 2022. - 1 Online-Ressource (26 Seiten)

Carrera, Sergio: European Union policies on onward and secondary movements of asylum-seekers and refugees: a critical mapping of the EU's migration management complex. - Brussels: CEPS, [2022]. - 1 Online-Ressource (162 Seiten)

COI research guide on LGBTIQ / EASO, European Asylum Support Office. - November 2021. - Luxemburg: Publications Office of the European Union, 2021. - 1 Online-Ressource (73 Seiten). - ISBN 978-92-9465-204-1

Graf, Johannes: Berichtsreihen zu Migration und Integration / Hg.: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl. - 1. Wanderungsmonitoring: Bildungs- und Erwerbsmigration nach Deutschland / Johannes Graf. Stand: 03/2022. - Nürnberg: BAMF, 2022. - Online-Ressource (37 Seiten)

Jasmontaite-Zaniewicz, Lina; Zomignani Barboza, Júlia: Disproportionate surveillance: technology-assisted and automated decisions in asylum applications in the EU?. - In: International journal of refugee law. - 33 (2021), Heft 1, Seite 89-110

Käckmeister, Hannes; Mesgena, Hadas Yaron: Children on the run: the reception and integration of unaccompanied minors in Israel and Germany. - In: Journal of Refugee Studies. - 34 (2021), Heft 3, S. 3317-3338

Kail Abdulsalam, Maryam: Das Gesetz zur Weiterentwicklung des Ausländerzentralregisters. - In: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik. - 42 (2022), Heft 3, Seite 108-114

Kluth, Winfried: Die Auswirkungen der Rechtsprechung des EuGH zur EU-Rückführungsrichtlinie auf das Rechtsinstitut der Duldung nach dem Aufenthaltsgesetz. - In: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik. - 41 (2021), Heft 11/12, Seite 416-417

Kruglak, Kathryn: New asylum applications and re-examinations: an analysis of options available to Afghan citizens currently in Switzerland. - In: Asyl: Schweizerische Zeitschrift für Asylrecht und -praxis. - 37 (2022), Heft 1 : Afghanistan, Seite 28-32

Meier, Brit; Weiser, Barbara: Arbeitsmarktzulassung von Asylsuchenden und Geduldeten: Beschäftigungsbedingungsprüfung und Förderung der Anerkennung von Qualifikationen. - In: Asylmagazin: Zeitschrift für Flüchtlings- und Migrationsrecht. - (2022), Heft 1/2, Seite 12-18

Mergener, Alexandra: Fachkräfteengpässe und Arbeitsmigration nach Deutschland. - 13.12.2021. - Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, (7 S.)

Meyer, Petra C.: Die selbstständige Tätigkeit eines Drittäusländers ohne Aufenthaltstitel: über Sinn und Zweck der Regelung des § 17 II 4 AufenthV. - In: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik. - 42 (2022), Heft 1, Seite 29-31

Mouzourakis, Minos [u.a.]: The Anker centres: implications for asylum procedures, reception and return. - Brussels: ecre, [2019]. - 1 Online-Ressource (25 Seiten)

Pierenkemper, Sarah [u.a.]: Internationale Fachkräfte aus Drittstaaten - zwei Jahre Fachkräfteeinwanderungsgesetz. - Köln: KOFA, 2022. - 1 Online-Ress. (5 S.)

Recommendations on information exchange between Dublin units / EASO, European Asylum Support Office. - December 2021. - [Valletta], 2021. - 1 Online-Ressource (30 Seiten). - ISBN 978-92-9465-581-3

Wiedmann, Ariane: Verwaltungsgerichtlicher Eilrechtsschutz gegen Abschiebungen wegen unmittelbar bevorstehender Eheschließung: die Verwaltungsgerichte als „Oberstandesämter“ oder Verstoß gegen Art. 18 Abs. 4 GG wegen des Verzichts auf eine Inzidentprüfung?. - In: Bayerische Verwaltungsblätter: Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung. - 153 (2022), Heft 6 vom 12.03.2022, S. 181-186

Who is who in international protection: asylum authorities in the EU+ / EUAA, European Union Agency for Asylum. - April 2022. - Valletta: EUAA, 2022. - 1 Online-Ressource (49 Seiten)

Impressum

Herausgeber

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
90461 Nürnberg

Stand

05/2022

Druck

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Gestaltung

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Bildnachweis


iStockphoto

Bestellmöglichkeit

Referat Informationsvermittlung/Länder- und Rechtsdokumentation,
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg
E-Mail: [informationsvermittlungsstelle\(at\)bamf.bund.de](mailto:informationsvermittlungsstelle(at)bamf.bund.de)
<https://milo.bamf.de>
Sie können diese Publikation auch als barrierefreies PDF-Dokument herunterladen
unter: www.bamf.de/publikationen

Die Publikation wird vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags-, und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Besuchen Sie uns auf

 www.facebook.com/bamf.socialmedia

 [@BAMF_Dialog](https://twitter.com/BAMF_Dialog)

www.bamf.de

